

# Nachdruck des ASTA der THD

Unter Ausschluß  
der Öffentlichkeit

Dokumentation über die Behinderung der Presse bei der polizeilichen  
Räumung des Bohrplatzes 1004 bei Gorleben am 4. Juni 1980

Vorgelegt von der  
Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier

DM 2,50 (Deckung der Unkosten)

# Auflage: 200

---

## Inhalt

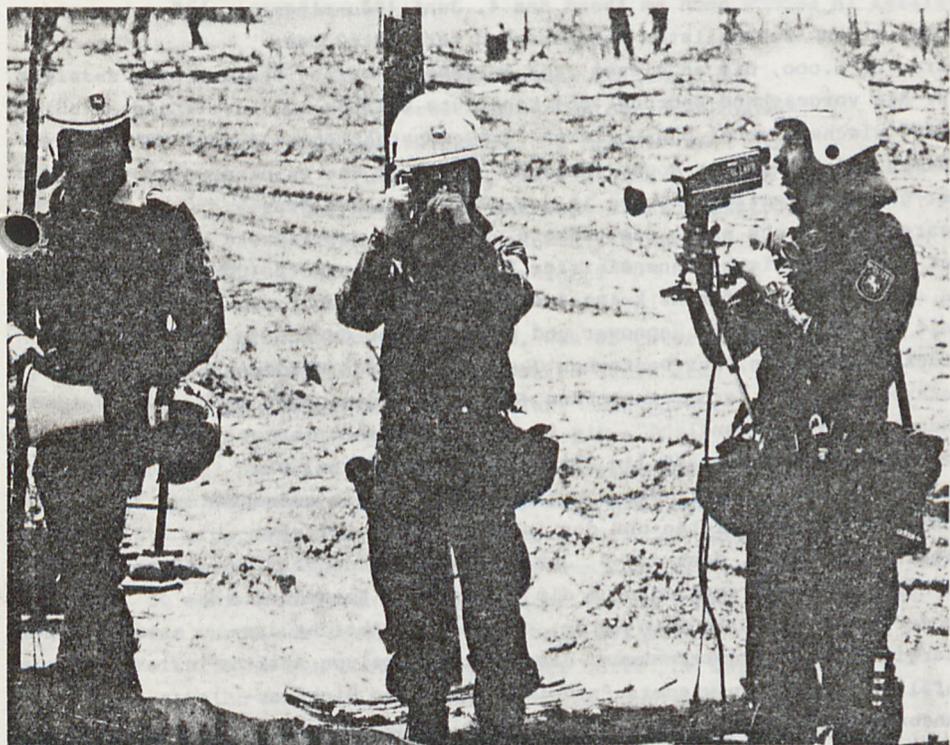
Einleitung	Seite: 1
Berichte von Betroffenen	Seite: 8
Korrespondenz mit Minister Mücklinghoff	Seite: 46
Weitere Reaktionen	Seite: 57

## Herausgeber:

Deutsche Journalisten-Union (dju) in der  
Industriegewerkschaft Druck und Papier

Friedrichstrasse 15, 7000 Stuttgart 1

Redaktion und verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Joachim Hoffmann, Eckart Spoo



Wofür braucht man noch unabhängige Berichterstatter? Die Polizei kann selber fotografieren und filmen.

(Foto: Zint)

## LINLEITUNG

Waren es 2.000 Polizisten, wie die Pressestelle der Polizei in Lüchow noch am Abend des 4. Juni 1980 einem anfragenden Journalisten weiszumachen versuchte? Oder waren es 6.000, die an diesem Tage aufgeboten waren, das für die vorgesehene Bohrung 1004 benötigte Gelände im Wald zwischen Trebel und Gorleben von Demonstranten zu räumen? Oder waren es sogar 12.000? Jedenfalls war es eine der grössten Polizeiaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik, wenn nicht die grösste. Zwei Tage zuvor hatte der niedersächsische Innenminister Egbert Möcklinghoff (CDU) in einer Pressekonferenz keine Zweifel an der Entschlossenheit der Politiker in Hannover und Bonn und der Grundstückseigentümerin, der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), gelassen, der "Republik Freies Wendland", die in den vier Wochen ihres Bestehens inzwischen auf 110 Hütten angewachsen war, ein Ende zu bereiten, damit der Bohrtrupp seine Arbeit aufnehmen könne. Allen Beteiligten und der interessierten Öffentlichkeit war klar, dass der 4. Juni ein entscheidender Tag in den Auseinandersetzungen um die Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik sein würde, nachdem die Absicht der Energieversorgungsunternehmen, die hochradioaktiven Reaktorabfälle in Gorleben wiederaufarbeiten und alles Nichtverwendbare unterirdisch in einem Salzstock zu deponieren, zum Hauptstreitpunkt geworden war.

Es gab also Grund genug für Presse, Hörfunk und Fernsehen, für intensive Berichterstattung über dieses Ereignis zu sorgen. Journalisten aus der ganzen Bundesrepublik waren angereist.

Bei Polizeiaktionen gegen Demonstranten ist es im Laufe der Jahre immer wieder zu Misshelligkeiten zwischen Polizei und Presse gekommen. Nie zuvor aber erreichten die Behinderungen der Presse durch die Polizei ein solches Ausmass wie am 4. Juni 1980 bei Gorleben. Nachdem die Beamten - teilweise mit massivem Schlagstockeinsatz - begonnen hatten, die

friedlich zusammensitzenden Demonstranten vom Platz zu zerren, zwang die Polizei die Journalisten, den Ort des Geschehens zu verlassen. Die Räumung fand also grösstenteils unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Minister Möcklinghoff, der politisch Verantwortliche, gab dafür nachträglich (in einem Fernschreiben an den dju-Bundesvorsitzenden Eckart Spoo) "polizeitaktische Gründe" an - eine sehr vage Formulierung, so unbestimmt, so dehnbar, dass man damit alles rechtfertigen kann. Aber ist denn ein so massiver Angriff in die Pressefreiheit, wie ihn sich die Polizei in Gorleben erlaubte, überhaupt zu rechtfertigen?

Möcklinghoff hat bisher nicht erläutert, was er unter den "polizeitaktischen Gründen" versteht. Sollte damit etwa gemeint sein, dass die Anwesenheit von Text- und Bildberichterstattern der Massenmedien die Polizei bei ihrer Aktion behindert hätte? Dem wäre entschieden zu widersprechen. Kein Journalist kam den Beamten in die Quere, wenn sie, meist im Laufschrift, grüppchenweise auf den Zentralplatz des Anti-Atom-Dorfes kamen, um die Demonstranten einen nach dem anderen zu holen. Je mehr Demonstranten weggebracht worden waren, desto grösser wurde der freie Raum innerhalb des Rings, den eine Polizeikette um den Dorfplatz gebildet hatte. Je weiter die Räumungsaktion fortschritt, desto weniger konnten sich also die Polizisten durch die Journalisten in ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigt sehen. Ein derartiger "polizeitaktischer Grund" dafür, dass drei Viertelstunden nach Beginn der Räumungsaktion die Journalisten vom Platz mussten, scheidet also aus.

Richtig ist vielmehr, dass einige Grüppchen von Polizisten, ohne provoziert worden zu sein, gewalttätig gegen die Demonstranten wurden, dass die Journalisten ihre Aufmerksamkeit auf solche Szenen richteten und dass diese Zeugenschaft der Presse das unverhohlene Missfallen einiger Polizeibeamter

weckte. Schon eine Viertelstunde nach Beginn der Räumung wurde der Rundfunkreporter Henry Prätisch, der mit dem Mikrofon in der Hand als einziger der Journalisten live berichtete, vom Platz gewiesen. Besonderes Missfallen bekamen ebenfalls schon zu diesem Zeitpunkt die Fotografen und Kameraleute zu spüren, die die Übergriffe der Polizisten im Bild festhielten.

Die Polizeiaktion war lange geplant worden. Schon am 23. Mai hatte Möcklinghoff in Hannover vor Journalisten Überlegungen angestellt, welche Wirkung Fotos von der Polizeiaktion in der Öffentlichkeit haben würden: Er befürchtete "negative Folgen in der Öffentlichkeit", wenn nach der Beseitigung des von Theologiestudenten im Anti-Atom-Dorf errichteten Kirchturms Fotos veröffentlicht würden, auf denen Polizeibeamte beim Abriss des Kreuzes zu sehen wären (Evangelischer Pressedienst, Landesdienst Niedersachsen, 23. Mai 1980).

Nun ist es zwar sicher gut, wenn Politiker im vorhinein die Folgen ihrer Entscheidungen bedenken, und es ist auch verständlich, wenn sie um eine möglichst "positive" Wirkung in der Öffentlichkeit bemüht sind. Aber haben die Polizei und die politische Führung das Recht, wahrheitsgemässe Berichterstattung zu unterbinden, damit kein "negativer" Eindruck in der Bevölkerung entsteht?

Seit langem hatte das niedersächsische Innenministerium Warnungen vor der angeblichen Gewalttätigkeit der Gegner des geplanten Nuklearentsorgungszentrums publiziert. Tatsächlich waren in Niedersachsen einmal in einer örtlichen Anti-Atomenergie-Bürgerinitiative (in Göttingen) zwei junge Männer durch Gewaltparolen aufgefallen, sie waren dann jedoch von den anderen Mitgliedern der Bürgerinitiative als eingeschleuste Kriminalbeamte enttarnt worden. ("stern" 9/79) Bei der Räumung des Anti-Atom-Dorfes wurde keiner der mehr als 2.000 Dorfbewohner gewalttätig. Sie leisteten ausschliesslich passiven Widerstand. Das konnten die Journalisten in den ersten drei Viertelstunden beobachten, und

viele von ihnen waren beeindruckt von der Selbstdisziplin der Demonstranten, die sich auch angesichts erschreckender Gewalttätigkeiten einzelner Polizisten nicht dazu hinreissen liessen, das Konzept strikter Gewaltlosigkeit zu vergessen. Sollte der Öffentlichkeit diese Wahrheit, die dem seit langem vom Innenministerium gezeichneten Bild widersprach, vorenthalten werden?

Diese Fragen müssen so deutlich gestellt werden - auf die Gefahr hin, dass sie als böse Unterstellungen aufgefasst werden. Es liegt an dem niedersächsischen Innenminister, eine plausible Erklärung für die Behinderungen journalistischer Arbeit zu liefern.

Der Beschluss, die Behinderungen zu dokumentieren, kam spontan zustande, als mehr als 20 Journalisten aus allen Teilen der Bundesrepublik am Mittag ausserhalb des Anti-Atom-Dorfes standen, weil die Polizei sie drinnen nicht mehr duldete. Einige schrieben gleich stichwortartig auf, was ihnen persönlich zugestossen war. Andere schickten später Berichte an eine vereinbarte Adresse. Das Ergebnis - die vorliegende Dokumentation - kann keinen vollständigen Eindruck von dem Geschehen am 4. Juni 1980 geben. Die zusammengetragenen Beispiele dürften jedoch ausreichen, um klar zu machen, dass es sich bei den Behinderungen um mehr als nur um Entgleisungen einzelner Beamter handelte.

In den Berichten wird Beschwerde erhoben über

- Behinderungen bei der Anfahrt nach Gorleben,
- Beschimpfungen,
- Gewalttätigkeiten,
- Festnahmen,
- Abschiebung vom Ort des Geschehens bzw. Verweigerung des Zutritts,
- Verweigerung des Kontakts mit der Einsatzleitung,
- irreführende Antworten auf die Frage, wo der am Einsatzort dienstleitende Beamte zu finden sei.

Nach allem, was am 4. Juni 1980 in Gorleben geschehen ist, besteht Anlass, folgendes in Erinnerung zu rufen:

- Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbürgt das Grundrecht der Informations- und Pressefreiheit.
- In den Verfassungen der Länder ist die öffentliche Aufgabe der Presse verankert. So heisst es in § 3 des Niedersächsischen Pressegesetzes: "Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe, wenn sie in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt."

Verfassung und Gesetz gelten auch für die Polizei. Im Sinne der öffentlichen Aufgabe der Presse hätte die Polizei bei der Vorbereitung einer solchen grossen Aktion auf Erleichterung statt auf Behinderung journalistischer Arbeit bedacht sein sollen.

In der Verfügung, die der Polizeiaktion zugrunde lag, wurde den Besetzern des Bohrplatzes zur Last gelegt, sie hätten gegen das Pressegesetz verstossen; in dem Anti-Atom-Dorf waren Flugblätter mit nicht ordnungsgemäsem Impressum verbreitet worden. Obwohl dann während der Aktion die Polizei selber Flugblätter verbreitete, auf denen das Impressum fehlte, ist davon auszugehen, dass der niedersächsischen Polizei das Pressegesetz des Landes nicht unbekannt ist. Die vorliegende Dokumentation soll als Aufforderung an die Polizei und die politisch Verantwortlichen dienen, das Gesetz künftig zu beachten.

Bereits seit 1971 gibt es schriftlich fixierte "Verhaltensgrundsätze zwischen Presse und Polizei zur Vermeidung von Behinderungen bei der Durchführung polizeilicher Aufgaben und der freien Ausübung der Berichterstattung", genehmigt von der Konferenz der Innenminister der Länder. Was in

Gorleben geschah, ist mit diesen Grundsätzen unvereinbar.

Was sind die Grundsätze wert, wenn sie von staatlicher Seite nicht eingehalten werden?

In seinem schon erwähnten Fernschreiben wies Minister Möcklinghoff darauf hin, dass es in Lüchow eine Pressestelle der Polizei gab, die den Journalisten für Informationen zur Verfügung gestanden habe. Dieser Hinweis ist ganz und gar nicht geeignet, mit der Verdrängung der Journalisten vom Ort des Geschehens zu versöhnen. Im Gegenteil:

- Die Entfernung zwischen dem Bohrplatz 1004 und der Kreisstadt Lüchow beträgt 16 Kilometer.
- Wer am Mittag des 4. Juni 1980 nach Lüchow fuhr, konnte nachher nicht einmal mehr in die Umgebung des Schauplatzes der Polizeiaktion gelangen. So war es zurückkehrenden Journalisten am Abend verwehrt, wenigstens von weitem die Räumung der Türme zu beobachten, die am Nachmittag stehen geblieben waren, während die Bulldozer das übrige Dorf dem Erdboden gleichmachten.
- Die Informationen vom Ort des Geschehens, die den Mitarbeitern der Polizei-Pressestelle dienstlich nach Lüchow übermittelt wurden, konnten die eigene Anschauung der Journalisten keinesfalls ersetzen.
- Der Verweis auf die Pressestelle in Lüchow läuft darauf hinaus, dass die Journalisten nur einseitig das hätten berichten können und sollen, was sie von der Polizei erfuhren: Verlautbarungsjournalismus, der mit der verfassungsrechtlichen Funktion einer unabhängigen Presse unvereinbar wäre.

Die einzelnen Berichte und Bilder der vorliegenden Dokumentation sollen einen Einblick in den Ablauf des Geschehens vermitteln. Sie führen zugleich Klage gegen die Politiker, bei denen die Verantwortung für die Behinderung der journalistischen Arbeit und Berichterstattung liegt. Das richtet sich vornehmlich an die Adresse des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff. Aufgabe der Dokumentation ist es nicht, etwa einzelne Polizeibeamte, die für den Ablauf insgesamt nicht verantwortlich sind,

hinsichtlich der Ausübung ihrer Tätigkeit an den Pranger zu stellen. Aus diesem Grunde sind auch die Namen einzelner handelnder Polizeibeamter mit den Anfangsbuchstaben angegeben. Die vollen Namen sind der Redaktion bekannt.

Die betroffenen Journalisten, mit denen sich die Deutsche Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier solidarisiert, erwarten von dem niedersächsischen Minister des Innern, vom Bundesinnenminister und der Innenministerkonferenz, von der Bundesregierung und den Regierungen der Länder sowie von den gesetzgebenden Körperschaften politische Entscheidungen, die eine Wiederholung der skandalösen Vorfälle vom 4. Juni 1980 ausschließen.

Deutsche Journalisten-Union (dju)  
in der Industriegewerkschaft  
Druck und Papier

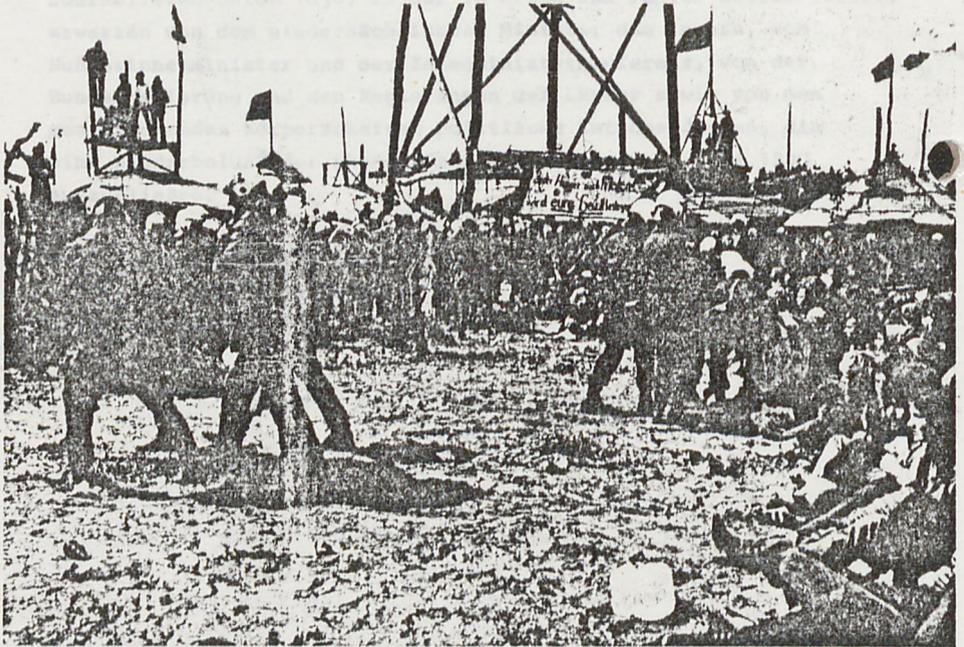
Die Division steht in jedem einen potentiellen Mörder

### BERICHTE VON BETROFFENEN



Die Division steht in jedem einen potentiellen Mörder  
wird durch die Divisionen der Divisionen der Divisionen  
nach dem...  
...  
...

...



Die Demonstranten sitzen friedlich auf dem Dorfplatz und singen. Die Polizisten kommen jeweils zu dritt oder viert, um einen Demonstranten nach dem anderen vom Platz zu holen.

(Foto: Hoffmann)

Die Polizei sieht in jedem einen potentiellen Mörder

Am 4.6.80 fuhr ich zusammen mit Gerald Sagorski zum besetzten Bohrge-  
lände, um als Fotoreporter über die Räumungsaktion zu berichten. Ich  
bin im Besitz eines Presseausweises mit der Nr. 28 339. An der ersten  
Polizeisperre wurden wir nach Vorzeigen des Presseausweises und Rück-  
sprache der Beamten mit einer höheren Stelle durchgelassen. An der  
zweiten Absperrung wurden wir aufgefordert, den Kofferraum zu öffnen.  
Daraufhin wurden sowohl der Kofferraum als auch das Innere des Wagens  
kontrolliert. Ein Beamter schaute sogar im Motorraum nach. Als man im  
Kofferraum eine Kiste mit Autowerkzeug und Farbdosen fand, wurde uns  
mitgeteilt, daß wir damit nicht durch die Absperrung kämen. Auf unsere  
Fragen nach dem Grund sagte ein Beamter, daß ein Schraubenzieher eine  
gefährliche Waffe sei und sie mit Rücksicht auf ihre Kameraden da drin-  
nen niemanden mit Waffen durchließen. Auf unsere Erklärung, daß wir  
gar nicht die Absicht hätten, das Werkzeug als Waffe zu benutzen, son-  
dern es immer im Wagen hätten, weil er schon älter sei und wir mit Pan-  
nen rechnen müßten, erwiderte ein Polizist, daß sie jeden, der hier  
rein wolle, erst mal als potentiellen Mörder betrachten und dement-  
sprechend handeln würden. Danach wurden unsere Personalien aufge-  
geschrieben. Da es inzwischen schon sehr spät geworden war und weiteres  
Diskutieren nichts einbrachte, wir aber auch keine Lust hatten, die  
letzten elf Kilometer, wie es uns von den Beamten angeboten wurde, zu  
Fuß zu gehen, brachten wir die Werkzeugkiste zu einem in der Nähe  
liegenden Gasthof. Anschließend wurde unser Wagen noch einmal durch-  
sucht, und dann konnten wir endlich durchfahren.

Friedbert Wehmeier, Hamburg

## Im Schwitzkasten

Am 4. Juni, 10 Uhr - das Anti-Atom-Dorf war von Polizeikräften umstellt und die eigentliche Räumung stand unmittelbar bevor - wollte ich fotografieren, wie die ersten Häuser von der Polizei eingerissen wurden. Dazu begab ich mich an den ostwärtigen Rand des Platzes, genau an die Stelle, an der von der äußeren Abgrenzung eine Polizeikette in das Dorf hineinführte.

Zwei Polizeibeamte kamen auf mich zu und forderten mich auf, hinter die äußere Absperrung zurückzugehen. Ich erklärte, daß ich mich in meiner Eigenschaft als Reporter einer Zeitung auf dem Platz befände. Zusätzlich wies ich mich mit einem gültigen Presseausweis aus. Die Polizisten erklärten, daß ich den Platz dennoch zu verlassen hätte. Als ich mich mit Hinweis auf das Niedersächsische Pressegesetz, das die Freiheit der Berichterstattung garantiert, weigerte, wies ein Polizeioffizier zwei Beamte an, mich vom Platz zu schaffen. Sie kamen diesem Befehl nach und zerrten mich durch die Absperrung.

Anschließend versuchte ich, 200 Meter weiter nördlich wieder durch die Absperrung auf den Platz zu gelangen. Dies wurde mir verwehrt, man verwies mich an den mir schon bekannten Offizier. Ich fragte nach einer Begründung für das Vorgehen der Polizei gegen mich. Sie wurde mir aber nicht gegeben. Auf meine Frage nach dem Namen gab der Beamte an: Hauptkommissar K. . Anschließend forderte er zwei Beamte auf, mich endgültig vom Platz zu schaffen. Ich versuchte zu fotografieren, wie die Beamten mich anpacken wollten. Daraufhin stürmten zwei weitere Polizisten heran, einer riß mir die Kamera aus der Hand, die drei anderen schleiften mich vom Platz. Einer nahm mich in den "Schwitzkasten", einer bog mir den linken Arm nach hinten, und der dritte überdehnte mein rechtes Handgelenk. Anschließend wurde mir die Kamera wieder ausgehändigt.

Ab 10.25 Uhr war es mir nicht mehr möglich, meinem Auftrag, über die Räumung zu berichten, nachzukommen.

Ich erkläre ausdrücklich, daß ich zu keinem Zeitpunkt die Arbeit der Polizei behindert habe. Außerdem war ich durch die Kameraausrüstung und durch den am Mantel befestigten Presseausweis jederzeit als Journalist zu erkennen.

Joachim Grübler, Garbsen ("Burgdorfer Kreisblatt")

Nötigung mit gezogenem Knüppel

Um 11.20 Uhr zwang mich die Polizei mit gezogenem Knüppel, das Gelände des Anti-Atom-Dorfes zu verlassen. Nötigung: Ich wurde aufgefordert, den Platz zu verlassen, sonst würde ich festgenommen.

Henry Prätsch, Hannover (Norddeutscher Rundfunk)

"Befehl, auch Journalisten rauszuweisen"

Am Dienstag, 3. Juni 1980, bekam ich von meiner Redaktion den Auftrag, mit einem Team nach Gorleben an die Bohrstelle 1004 zu fahren. Für die Nacht wurde die Räumung des "Dorfes" erwartet. Ich sollte mit einem Fernsehteam (Kameramann, Kameraassistent und Tontechniker) die Räumung des Dorfes beobachten. Fest bestellt war zum Zeitpunkt meiner Abreise aus Hannover ein Filmbeitrag für die "Tagesthemen". Ebenfalls in Gorleben befanden sich die Kollegen Röhrig und Hennig und ein weiteres Kamerateam.

Am 4. Juni kurz vor 12 Uhr - der Dorfplatz war etwa zur Hälfte "abgeräumt", Kameramann Gelinski filmte den Abtransport der Demonstranten, ich stand wenige Meter neben ihm - werde ich plötzlich von einem auf mich zukommenden Polizisten aufgefordert, das Gelände zu verlassen. Ich erkläre unter Vorzeigen meines Presseausweises, daß ich hier dienstlich zu tun habe und meine Aufgabe als Redakteur des Norddeutschen Rundfunks wahrnehme. "Wir haben den Befehl von der Einsatzleitung, auch Journalisten rauszuweisen", antwortet er. Ich weigere mich verbal, den Platz zu verlassen. Er droht: "Wenn Sie nicht gehen, wende ich Zwang an." Unter Protest beuge ich mich dem angedrohten Zwang. Der Polizist gibt mir auf Anforderung seinen Namen mit Hauptkommissar P. von der 9. Einsatzgruppe an.

Ich verlasse mit meinen Kollegen das Gelände. Ich beobachte, wie Kollege Röhrig von einem Polizisten an der Jacke festgehalten und in Richtung Ostschleuse geschubst wird.

Mit rund 30 Kolleginnen und Kollegen versuche ich eine Stunde lang, von der Polizei Auskunft über dieses Vorgehen zu erhalten. Man schickt uns von einer Ecke zur anderen. Meiner Aufgabe, die Räumungsaktion zu beobachten und darüber zu berichten, kann ich von 12 Uhr an nicht mehr so nachkommen, wie es für eine objektive Berichterstattung notwendig wäre.

Heiner Stelter, Hannover

Nach Protest noch stärker gequält

Ich habe in der "Freien Republik Wendland" für die Hamburger Morgenpost und den Stern gearbeitet. Als im Morgengrauen Polizei und BGS anrückten, habe ich aus dem Dorfinneren heraus die Polizeiketten, Hub-schraubereinsätze, Planierungsarbeiten u.ä. fotografiert. Nachdem die Polizei begonnen hatte, die im Dorfrund sitzenden Personen ruppig weg-zuziehen, habe ich mich in den inneren Kreis der Besetzer begeben (hier wurden die Lautsprecherdurchsagen gemacht, und hier spielte auch das Orchester). Von hier aus fotografierte ich das weitere "Abräumen" durch die Polizei.

Als die Polizei eine angekündigte zehnmünütige Pause machte, habe ich mich wieder vor den sitzenden Personenkreis begeben. Mir fiel ein Poli-zei-beamter auf, der mit einer Axt in der Hand in der ersten Reihe stand. Ich versuchte ihn zu fotografieren, wurde aber sofort von anderen Beam-ten daran gehindert. Als jetzt mit dem Abräumen weitergemacht wurde, wurde ich von mehreren Beamten abgedrängt. Als ich wieder zum Ort des Geschehens zurückwollte, wurde ich von zwei Beamten daran gehindert. Die Polizisten griffen meine Arme, drehten sie auf den Rücken und führten mich in Richtung der bereits abgeräumten Demonstranten. Ich hatte meinen Presseausweis sichtbar an die Brust geheftet. Als ich gegen die Behand- lung durch die Polizisten protestierte und mich als Pressevertreter kenntlich machte, drehten mir die Beamten die Arme noch schmerzhafter auf den Rücken. Sie schleiften mich jetzt förmlich fort. Bei diesem Transport wurden wir von Kollegen fotografiert (ein Quick-Fotograf und ein freier). Als wir den Pulk der anderen Demonstranten erreicht hatten, wurde ich von den beiden Beamten einem Polizisten übergeben, der offen- bar verhindern sollte, daß Demonstranten in das Dorf zurückliefen. Ich verlangte von diesem Beamten, mir ein Gespräch mit der Einsatzleitung zu vermitteln. "Die Einsatzleitung ist in Lüchow", wurde mir darauf ge- antwortet. Diese Auskunft stellte sich später als falsch heraus, da auf dem Platz durchaus eine Leitung vorhanden war. Als ich den Beamten nach seinem Namen fragte, lachte er höhnisch und gab keine Auskunft. Darauf- hin teilte ich dem Beamten mit, daß ich ihn jetzt fotografieren würde,

da ich mich im Beweisnotstand befände. "Dann kriegst Du einen in die Fresse, und ich nehm Dir die Kamera weg", bekam ich zur Antwort. Der Beamte drehte sich um und verschwand. Ich konnte jetzt nur noch bis zu dem NATO-Draht gehen, d.h. ich war vom eigentlichen Ort des Geschehens ausgeschlossen.

Wolfgang Hain, Hamburg

Presseausweis nützt nichts : geprügelt, verletzt

Es war kurz nach 11. Ich stand mit etwa 40 Kollegen zwischen Polizeikette und Demonstranten (bereits seit 6 Uhr morgens) auf dem Bohrplatz 1004 und fotografierte, wie die Polizei die Demonstranten vom Platz trug. Plötzlich kamen zwei Beamte auf mich zu. Ohne vorherige Warnung oder Aufforderung, den Platz zu verlassen, griffen sie mich rechts und links an den Armen. Zuerst dachte ich, das sei ein Irrtum, und zeigte meinen Presseausweis, was in solchen Fällen normalerweise hilft, doch das nützte nichts. Stattdessen wurde ich beschimpft: "Alles Scheiße, Presseausweise interessieren uns nicht, Dich kennen wir, Du bist ein dicker Fisch." Ein dritter Polizist kam hinzu und sagte: "Den haben wir doch schon mal gegriffen." Plötzlich spürte ich einen Schmerz an der rechten Wade: Ein Polizist hatte mit dem Knüppel zugeschlagen. Man brachte mich zu einem Sammelplatz, zu dem auch die Demonstranten geschleift wurden. Berittene Polizei sicherte den Platz, außerdem war er von einer Polizeikette umgeben. Ich ging sofort zu einem Polizeioffizier und zeigte ihm meine Verletzung (großer Bluterguß) und fragte nach dem Einsatzleiter. Antwort: "Beschweren Sie sich in der Polizeipressestelle in Lüchow." Doch die war 15 Kilometer entfernt. Zum Lager durfte ich nicht wieder zurück, so daß ich nicht weiterarbeiten konnte und mir also die Möglichkeit der Berichterstattung durch die Polizei genommen war.

Wolfgang Hergert, Hamburg ("Quick")



Pressefotografen verfolgen den Beginn der gewaltsamen Räumung des Anti-Atom-Dorfes: Kein Demonstrant wehrt sich. Aber die Polizei prügelt.

(Fotos: Gamser)



Polizisten halten Schilde vor die Kamera

Während der polizeilichen Räumungsaktion auf dem Gelände der "Bohrstelle 1004" in Gorleben wurde ich, obwohl ich meinen Presseausweis (Nr. 28 673, ausgestellt am 24.10.77 in Hannover) deutlich sichtbar am Jackenaufschlag trug, von Polizeibeamten an der freien Berichterstattung gehindert.

Etwa 10 Minuten nach Beginn der Räumung machten mir Polizeibeamte das Fotografieren unmöglich, indem sie mir ihre Schilde vor die Kamera hielten und mich wegdrängten. Als ich dadurch gezwungen wurde, rückwärts zu gehen, stellte mir ein weiterer Beamter ein Bein. Auf meine Frage nach seinem Namen hin entfernte er sich sofort und verschwand hinter der Polizeilabspernung.

Wenig später brachten mich Beamte endgültig vom Platz, nachdem ein Hauptkommissar auf mich gezeigt hatte und die Beamten mit den Worten "Schafft mit diese Kreatur vom Hals!" zu dieser Aktion aufgefordert hatte.

Anschließend erging an alle Journalisten die Aufforderung, sich vom Platz zu entfernen. Ich schloß mich einer Gruppe von Journalisten an, die versuchte, wieder auf den Platz zu gelangen. Dies wurde aber immer wieder von Beamten verhindert, die angaben, auf Weisung der Einsatzleitung zu handeln. Der genaue Hergang wurde von Eckart Spoo in der "Frankfurter Rundschau" vom 6. Juni 1980 geschildert; dieser Darstellung kann ich mich nur voll anschließen.

Jochen Stöckmann, Hannover ("Hannoversche Allgemeine Zeitung")

"Presse ist hier nicht erwünscht"

Am 4.6. befand ich mich auf dem besetzten Gelände des Bohrloches 1004. Mein Auftrag war, die Räumung durch die Polizei zu fotografieren. Meinen Presseausweis (Nr. 13 143) trug ich deutlich sichtbar an mir.

Um ca. 12.00 Uhr forderte mich ein Polizist mit Megaphon auf, den Platz sofort zu verlassen. Er meinte: "Presse ist hier nicht erwünscht."

Ich erwiderte: "Ich kann hier nicht gehen. Es ist mein Recht und meine Pflicht, von hier zu berichten."

Er: "Dann kann ich auch anders." Es packten mich ca. vier Polizisten und zerrten bzw. warfen mich vom Platz. (Der Fotograf Ellerbrook und der Redakteur Barthel, beide "stern", haben davon Fotos gemacht.) Anschließend hatte ich keine Möglichkeit mehr, die Aktionen der Polizei auf dem Platz zu fotografieren. Wenig später wurden fast alle Fotografen vom Platz gedrängt.

Hartmut Klenke, Hamburg

Schob der Minister der Polizei den Schwarzen Peter zu?

Während der polizeilichen Räumung des Anti-Atom-Dorfes in Gorleben wurde ich durch Polizeibeamte von dem umstellten und umzäunten Gelände gewiesen. Mein Hinweis auf die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe der Presse wurde von der Polizei als nicht zugkräftig bezeichnet. Nach Aussage eines Polizeibeamten hatte Innenminister Möcklinghoff die Anweisung gegeben, alle Personen vom Bohrplatz 1004 zu weisen. Dabei war die Presse weder ausdrücklich ein- noch ausdrücklich ausgeschlossen. Der Polizei wurde offensichtlich bewußt überlassen, diese Anweisung nach eigenem Gusto zu interpretieren. Polizisten waren der Meinung, daß der Minister damit den Schwarzen Peter den Ordnungskräften zugeschoben habe.

Dirk Busche, Hannover ("Neue Presse")

Der Einsatzleiter ist nicht zu sprechen

Am 4. Juni 1980 um 11.55 Uhr, also gut drei Viertelstunden nach Beginn der Räumung des Anti-Atom-Dorfes, forderte uns ein Polizeibeamter auf, das Gelände zu verlassen. Wir waren etwa 20 Journalisten, eher mehr als weniger. Wir standen auf der freien Fläche zwischen dem Bierzelt und den auf dem Dorfplatz sitzenden Demonstranten. Mehrere von uns hatten vor Beginn der Polizeiaktion vereinbart, auf jeden Fall zusammenzubleiben, um nicht einzeln in Schwierigkeiten zu geraten. Die Vereinbarung lautete, immer dicht beim Kamerateam des NDR zu bleiben. Wir hatten geglaubt, da wären wir besonders sicher. Aber es zeigte sich, daß der Polizei gerade die Arbeit der fotografierenden und filmenden Journalisten mißfiel, die sich wiederholt gegen Versuche wehren mußten, sie abzudrängen.

Unmittelbar bevor die Aufforderung an uns alle erging, das Gelände zu verlassen, hatten wir krasse Übergriffe der Polizei beobachtet. Die Hamburger Kollegin Sabine Rosenblatt und ich hatten z.B. folgendes gesehen: Vier Beamte zerren einen blonden jungen Mann weg. Ihm wurde zunächst mit dem Gummiknüppel auf den Hintern geschlagen, dann mit dem Stiefel an dieselbe Stelle getreten. Schließlich trat ein Beamter dem auf der Seite liegenden Demonstranten von oben auf die Schläfe. Kollegin Rosenblatt schrie auf. Wir sprachen einen neben uns stehenden Polizisten auf das Geschehen an. Er behauptete, nichts gesehen zu haben.

Den Beamten, der uns nun zum Verlassen des Geländes aufforderte, fragte ich nach seinem Namen. Er weigerte sich zunächst, sich vorzustellen, und sagte dann, er sei dazu nur unter der Bedingung bereit, daß wir das Gelände verließen. Nach kurzer Diskussion nannte er den Namen P. , als Dienstrang gab er an: Polizeihauptkommissär. Als wir auf die öffentliche Aufgabe der Presse hinwiesen, die wir zu erfüllen hätten, sagte er, wir könnten uns bei Polizeioherrat S. beschweren. Wir fragten, wo

Herr S zu finden sei. Antwort: In der Einsatzzentrale. Auf die Frage, wo sich die Einsatzzentrale befinde, sagte P. : "Auf der gedachten Mittellinie" und zeigte in Richtung Süden. Ich bat um genauere Auskunft und bekam dann heraus, die Einsatzzentrale befinde sich auf der verlängerten Nord-Süd-Achse durch das Anti-Atom-Dorf außerhalb des von der Polizei am Morgen gezogenen Zaunes.

Als wir draußen waren, begegneten wir dem "Spiegel"-Redakteur Wolfgang Becker, der uns sagte, er habe schon zehnmal nach der Einsatzleitung gefragt und sei immer hin und her geschickt worden.

Der bezeichneten Stelle stand ein VW-Bus der Polizei. Die Beamten, die sich dort aufhielten (es handelte sich um höhere Chargen), gaben an, sie seien nicht die Einsatzleitung, sondern die Führung einer Hundertschaft. Ein Polizeioberst sei hier nicht bekannt. Die Einsatzleitung befinde sich an entgegengesetzter Stelle nördlich vom Anti-Atom-Dorf.

Wir gingen dann westlich um das Dorf herum, wobei sich uns mehrere Kollegen anschlossen, denen wir inzwischen begegnet waren. Sie berichteten uns, was ihnen zugestoßen war.

Etwa um 12.30 Uhr betraten wir von Nordwesten her wieder das Gelände, das an dieser Stelle nicht von außen eingezäunt war. Hier saßen einzelne Polizisten auf den Dächern von eingenommenen Häusern. Andere beschäftigten sich damit, die über den Häusern wehenden Fahnen herunterzuholen, darunter die Fahne der Jungsozialisten. Als wir uns näherten, kamen uns drei Beamte abwehrend entgegen. Wir machten uns als Journalisten bekannt. Die Antwort lautete, auch Journalisten dürften hier nicht eintreten. Als Sprecher trat ein Beamter auf, der sich auf Befragen mit dem Namen K. vorstellte. Er sagte, er habe Weisung von der Einsatzleitung, die Presse nicht auf das Gelände zu lassen. Auf die Bitte, uns anzugeben, wer ihm diese Weisung gegeben habe, damit wir dort vorstellig werden könnten, nannte er Polizeidirektor S. in Lüchow. Das sei sein unmittelbarer Vorgesetzter. Wenn wir uns beschweren wollten, sollten wir nach Lüchow fahren. K. hatte ein Funkgerät vor der Brust hängen. Ich fragte ihn, ob er nicht in Funkkontakt mit seinem Vorgesetzten stehe, und bat ihn, uns auf diese Weise in Verbindung mit Herrn S zu bringen. Eine Fahrt nach Lüchow komme für uns nicht in Frage, denn wir müßten jetzt hier am Ort des Geschehens unsere beruflichen

Aufgaben erfüllen. K. sagte, er habe zwar die Möglichkeit, die Funkverbindung herzustellen, sei aber nicht bereit, das für uns zu tun.

An anderer Stelle verhandelten wir mit einem Herrn R. der uns empfahl, uns an einen Herrn A. zu wenden, der hier der zuständige Mann sei. Auf der Suche nach ihm kamen wir wieder an die Stelle im Süden des Geländes zurück, wo er sich in der Nähe der Schützenpanzerwagen des Bundesgrenzschutzes aufhalten sollte. Dort wurden wir nicht herangelassen. Die Beamten, die uns zurückhielten, sagten, der Einsatzleiter sei Oberrat A., zu dem wir aber nicht gehen könnten. Wir baten, Herrn A. auszurichten, daß wir ihn dringend zu sprechen wünschten. Der Beamte, der es übernahm, dies auszurichten, kam nach wenigen Augenblicken mit der Auskunft zurück, Herr A. habe keine Zeit. Wir sollten uns an den Pressesprecher der Polizei in Lüchow wenden. Inzwischen war es 13 Uhr geworden.

Um 13.55 - wir befanden uns jetzt an der Stelle, an der die Demonstranten aus dem umzäunten Gelände herausgeführt wurden - teilte uns ein Beamter mit, je ein Team der ARD und des ZDF dürfen an den Ort des Geschehens zurückkehren. Ich protestierte gegen die Ungleichbehandlung der Journalisten - vergeblich. Von außen war, obwohl wir etwas erhöht standen, nicht zu sehen, was sich zwischen den Hütten des Dorfes abspielte. Ich beobachtete aber, wie vier Polizisten einen Demonstranten herausschleppten. Ein Polizist, der hinter dem jungen Mann ging, trat ihm bei jedem Schritt in den Hintern. Ich zählte zwölf Tritte.

Etwa eine Stunde später durften auch ich und einige andere Kollegen jeweils für fünf Minuten in Begleitung eines Beamten einen Rundgang durch das inzwischen fast gänzlich geräumte und teilweise dem Erdboden gleichgemachte Dorf machen. Nur auf den Türmen hielten sich noch Besetzer auf, gegen die aber die Polizei vorerst nicht vorging. Ich traf auf dem Gelände das ARD-Team und zwei Fotografen. Kaum hatte ich mit ihnen ein Gespräch darüber begonnen, was sie inzwischen erlebt hatten, als ich von meinem Begleiter aufgefordert wurde, das Gelände wieder zu verlassen, was ich unter Protest tat.

Ich möchte noch erwähnen, daß uns Polizisten während der ganzen Aktion immer wieder Schmähungen zuriefen. Der Ruf "Pressefritzen, Pressefritzen!", den ich am Vormittag hörte, als wir vom Gelände verwiesen wurden, war noch der harmloseste.

Auf Beschluß aller versammelten Journalisten gab ich zwischen 13 und 14 Uhr mit Hilfe der Kollegen vom U-Wagen des NDR folgendes Fernschreiben an Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum und den niedersächsischen Innenminister Egbert Möcklinghoff auf: "Journalisten, die für ARD und ZDF, dpa sowie zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften arbeiten, protestieren hiermit gegen die schweren Behinderungen bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgabe am Ort der Polizeiaktion gegen die Besetzer des Bohrplatzes 1004 bei Gorleben. Wir sind besorgt, daß es unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu noch ärgeren Übergriffen der Polizei kommen kann, als wir sie am Anfang der Aktion schon erleben mußten. Der Einsatzleiter läßt sich seit Stunden gegenüber den Journalisten verleugnen. Darum fordern wir Sie auf, unverzüglich Ihren Einfluß geltend zu machen, damit wir hier unserer Aufgabe nachkommen können."

Eckart Spoo, Hannover ("Frankfurter Rundschau")



Die Polizei ließ nicht lange zu, daß solche Szenen gefilmt werden konnten.

(Foto: dpa)

Gewaltsam vom Ort des Geschehens entfernt

Ich bin gewaltsam vom Ort des Geschehens entfernt worden. Habe gesehen, wie zwei Kollegen geprügelt wurden.

Walther Schütte, München ("Quick")

"Hau ab, sonst hau ich Dir die Kamera zu Bruch"

Unter Androhung von Gewalt bin ich an der Arbeit gehindert worden.  
Zitat: "Hau ab, sonst hau ich Dir die Kamera zu Bruch." Meinem Ton-Mann wurde der Arm umgedreht.

Bernd Westphal, Marleben ("Wendländische Film-Kooperative")

Mehrmals angerempelt und geschubst

Ich bin mehrmals von Polizisten angerempelt und geschubst worden.  
Zitat: "Hau ab, Du Pisser."

Michael Meyborg, Hamburg (Fotograf)

Von der Polizei behindert, genarrt, bedroht

Eine Woche vor und während der Räumung befand ich mich für die ZDF-Redaktion "Länderspiegel" im Anti-Atom-Dorf auf der Bohrstelle 1004. Bei der Räumung des Dorfes durch die Polizei und den Grenzschutz wurde ich bei den Dreharbeiten so behindert, daß ich meinen journalistischen Auftrag nur sehr eingeschränkt wahrnehmen konnte. Es begann bei der dritten Megaphondurchsage der Polizei, die Besetzer sollten den Platz friedlich verlassen. Als ich diese Durchsage filmen wollte, hielt mir ein Beamter die Hand vor die Optik. Danach wurde ich von Polizisten mehrmals rüde beiseite gedrängt, besonders beim Filmen von Knüppel-einsätzen.

Kurz vor 12 Uhr nahm ich Polizeiübergriffe hinter dem Bierzelt auf, Demonstranten wurden an den Haaren gezogen und geschlagen. Ein Beamter hielt mir erneut die Hand vor die Kamera und verwies mich des Platzes. Protestieren half nichts. Eine Anordnung der Einsatzleitung, sagte er. Wo ich die Einsatzleitung finden könne, wisse er nicht, im übrigen müßten alle Journalisten vom Platz. Wenig später kamen das NDR-Team und andere Kollegen hinter die NATO-Draht-Absperrung. Wie wir anschließend bei der Suche nach der Einsatzleitung gemeinsam von der Polizei genarrt wurden, haben die anderen Kollegen sicher bereits beschrieben. Eckart Spoos Bericht in der "Frankfurter Rundschau" kann ich bestätigen.

Zwei Stunden später, das Dorf war weitgehend geräumt, durften wir gemeinsam mit einem ARD-Team zurück auf den Platz. Gegen 16 Uhr filmte ich noch einige Polizisten, die auf dem weitgehend einplanierten Platz wie Sieger posierten. Ein Beamter sagte zu mir: "Nimm die Kamera vom Auge, sonst haue ich sie Dir rein."

Hans-Jürgen Haug, Kelkheim

## Mehrstündiges Platzverbot

Ich habe bei der Räumung des besetzten Tiefbohrplatzes 1004 bei Gorleben am Mittwoch, 4.6.80, erlebt, wie Journalisten gegen ihren Willen, teilweise mit Gewalt, vom Gelände des 'Anti-Atom-Dorfes' verwiesen wurden. So sah ich aus unmittelbarer Nähe, wie der Fotograf Wolfgang Herget von zwei Beamten mit nach hinten gedrehten Armen vom Platz geführt und dabei geschubst wurde. Außerdem sah ich, wie ein Kamerateam des ZDF vom Platz geführt wurde. Mir wurde mehrere Stunden lang - wie den anderen Kollegen - verboten, den Platz zu betreten. Anscheinend fühlte sich kein Beamter kompetent, diese Maßnahmen zu verantworten. Der Zugang zum örtlichen Einsatzleiter wurde mir - wie anderen Kollegen - verwehrt.

Frank Heidmann, Hamburg (dpa-Basisdienst)

Geschlagen und getreten

Ich wurde von der Polizei auf den Arm geschlagen, getreten, am Fotografieren gehindert.

Heinz-Jürgen Vogel, Delmenhorst (Presseagentur tefo-nord)

Bedroht und vom Platz geschoben

"Verlassen Sie bitte sofort diesen Platz, sonst werden wir Gewalt gegen Sie anwenden." Nach dieser Drohung wurde ich vom Platz geschoben.

Michael Kneissler, München ("Abendzeitung")

Höhere Beamte reagieren nicht

Ich wurde mit den Worten "Nun ist genug getan" von zwei Polizisten weggeführt. Unterwegs sprach ich mehrere höhere Beamte an, die jedoch nicht reagierten. Ich fragte nach einem Pressesprecher der Polizei, den es jedoch angeblich auf dem Platz nicht gab.

Bernd Uhlig, Hemburg (Fotograf)

Objektive Berichterstattung verhindert

Als gegen 11 Uhr die Räumung des "Anti-Atom-Dorfs" begann, befand ich mich mit Kollegen auf dem Gelände. Die Polizeiaktion wurde weder von mir noch von meinen Kollegen behindert. Gegen 12 Uhr forderte mich ein Hauptkommissar auf, den Platz zu verlassen. Ich zeigte meinen gültigen Presseausweis, aber der Beamte meinte, daß ich auf dem Gelände nichts zu suchen hätte. Genau wie mir erging es auch anderen Journalisten. Die Polizei verhinderte somit eine objektive Berichterstattung über die Form der Räumung.

Gemeinsam mit anderen Kollegen suchte ich die Einsatzleitung, aber wir wurden von Polizisten nur hin und her geschickt. Erst als die Räumung abgeschlossen war, durften wir - allerdings nur für Minuten - wieder auf den Platz.

Ich habe auch beobachtet, wie Journalisten und Fotografen von den Beamten mit Gewalt von dem Gelände gebracht wurden.

Joachim Hoffmann, Hannover ("Hannoversche  
Neue Presse")

Behinderungen auch außerhalb der Absperrung

Bei der Räumaktion auf der geplanten Tiefbohrstelle 1004 bei Gorleben arbeitete ich zusammen mit zwei Kollegen für dpa. Ich hatte den Part übernommen, die Vorgänge rund um das von der Polizei abgeriegelte Gelände zu beobachten und das Geschehen im Anti-Atom-Dorf nur von einem Standort außerhalb der Stacheldrahtabsperungen aus zu verfolgen.

Als das "Abräumen" der auf dem Dorfplatz versammelten Platzbesetzer begann, ging ich zu der Schleuse, durch die sie abgeführt wurden. Unterwegs verlangte ein Polizeibeamter meinen Presseausweis zu sehen. Nach dessen Vorlage erklärte er mir, ich könne mich in diesem Abschnitt an der Schleuse aufhalten.

An der Schleuse fotografierte ich vom Platz kommende Demonstranten. Plötzlich riß mich ein Polizeibeamter von hinten weg und sagte, ich hätte zu verschwinden. Auf meine erstaunte Nachfrage, bei der ich ihm bereits unaufgefordert meinen Presseausweis zeigte, log er mich an. Er sagte: "Sie haben bereits zehnmal versucht, in das Gelände einzudringen." Ich hatte dies nicht ein einziges Mal versucht und auch in keiner Weise überhaupt den Anschein gegeben, daß ich auf den Platz wollte. Trotz meiner Widerrade schubste er mich vom Stacheldrahtzaun weg hinter eine Polizeireihe, von der aus ich nichts mehr beobachten konnte. Dort, mindestens 20 Meter hinter der Stacheldrahtabsperung, riß mich wenige Minuten später ein anderer Polizist weg und zertrte mich barsch in den Strom der herauskommenden Demonstranten. Ich protestierte verbal und verlange von ihm, mich als Journalistin ausweisen zu dürfen. "Das interessiert mich nicht, Sie gehören da rein", sagte er und zertrte mich am Arm in das abgesperrte Sammelgelände für die herausgeholtten Platzbesetzer. Dort versuchte ich, durch die lockere Polizeikette zu unserem Funkwagen zu kommen, was aber mehrfach von Polizeibeamten verhindert wurde. Letzlich ließen mich doch zwei von ihnen durch.

Regina Droge, Lüneburg

Fernsehen kann Zuschauer nicht realitätsgerecht informieren

1.

Da in vielen Fällen schon in der Zeit zwischen 11 und 12 Uhr Demonstranten von Polizeibeamten ohne ersichtlichen Grund mit dem Knüppel geschlagen und mit den Füßen getreten wurden, bemühten wir uns natürlich solche rechtswidrigen Ausschreitungen im Bild festzuhalten. Bei einem dieser Versuche wurden wir von einem kleinen Polizeitrupp gezielt angerempelt. Mein Kameramann, Burkhard Wellmann, erhielt zudem mit dem Knüppel einen Schlag in den Rücken. Trotz mehrfacher, nicht immer so offensichtlicher, Behinderungen ist es uns gelungen, einige Bilddokumente zu produzieren, die für ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung im Amt ausreichen dürften. (Beispiele: Ein Beamter tritt einen wehrlos am Boden liegenden Demonstranten kurz mit dem Fuß auf den Kopf. Ein Beamter schlägt auf einen vor ihm hergehenden Demonstranten von hinten mit dem Knüppel ein.)

2.

Kurz vor 12 Uhr - die Räumung war eine Stunde im Gange, die Mehrzahl der Demonstranten saß noch auf dem "Dorfplatz" - wurden wir von einem Beamten, der auf Rückfrage seinen Namen mit P. und seinen Rang mit Polizeihauptkommissar angab, vom Platz gewiesen. Er erklärte, auf Weisung von Polizeioberrat S. hätten alle Berichtersteller das Gelände zu verlassen. Auch dies können wir, falls die Landesregierung in Hannover weiter den Ausschluß der Presse bestreitet, durch Film- und Tonmaterial beweisen. Die Journalisten wurden aufgefordert, hinter die weit entfernt liegende NATO-Draht-Absperrung zurückzutreten, von wo aus der Einsatz auf dem "Dorfplatz" nicht mehr beobachtet werden konnte.

3.

Dieser "Ausschluß der Öffentlichkeit" hatte wohl den Zweck, das ab 12 Uhr noch wesentlich härtere Vorgehen der Polizei nicht beobachten zu lassen. Wie uns der Pressefotograf Günter Zint, der sich auch zwischen

12 und 14 Uhr auf dem "Dorfplatz" aufhielt, später berichtete, nahmen die rechtswidrigen Ausschreitungen der Polizei besonders bei der Räumung unter dem Turm noch erheblich zu. Wir hätten dort also das Filmmaterial produzieren können, das den zu Unrecht als besonders friedfertig geschilderten Einsatz der Polizei in einem anderen Licht hätte erscheinen lassen. Die Behinderung unserer Arbeit hat also zur Folge, daß die Fernsehzuschauer nicht der Realität entsprechend informiert werden konnten.

4.

Der für das ZDF arbeitende Kameramann Hans-Jürgen Haug wurde ebenfalls mehrfach bei seinen Dreharbeiten von Polizeibeamten behindert. Wir können u.a. im Bild dokumentieren, wie ein Beamter ihm die Kamera mit Gewalt vom Auge drückt, und zwar in einer völlig harmlosen Situation, und erst von ihm abläßt, als er merkt, daß wir die Sache drehen.

5.

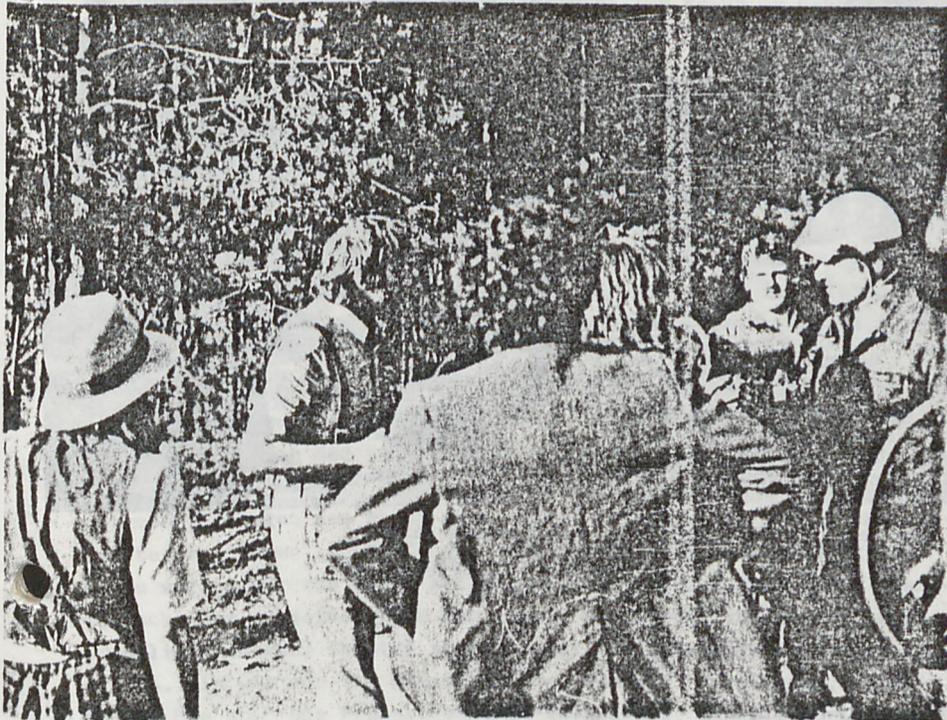
Als der Kollege Carsten Biehl, von Hamburg gekommen, gegen 11 Uhr Material für "Extra Drei" abholen wollte, wurde ihm der Zutritt zum Gelände verweigert, so daß er ohne Material wieder zurückfahren mußte.

6.

Nachdem die Polizei am späten Nachmittag vor Journalisten erklärt hatte, die Türme, auf denen auch nach der Räumung des Dorfplatzes noch etwa 40 Besetzer ausharrten, würden nicht abgeräumt, sondern man werde die Turmleute "aushungern", bis sie von selbst herabkämen, verließen die meisten, wenn nicht alle Berichtersteller das Gelände. Kurz nach dieser Zusicherung erhielten wir von der Kirche in Trebel Informationen, daß die Türme doch abgeräumt würden, Motorsägen und Kräne seien soeben aufgefahren. Als wir, eine auf vier Personen zusammengeschmolzene Gruppe von Journalisten, daraufhin wieder auf das Gelände wollten, um uns selbst zu überzeugen, verbot uns ein Beamter schon bei der Absperrung am Mastenweg, also weit entfernt vom Ort des Geschehens, den Zutritt. Meinen Hinweis, daß wir seit 14 Uhr eine Genehmigung der Einsatzleitung (Herrn A. ) hätten, das Gelände sogar innerhalb des NATO-Draht-Verhau zu betreten, quittierte der Beamte der Polizei Niedersachsen mit der Aufforderung: "Hauen Sie ab!" Als wir daraufhin den Beamten baten, uns seinen Namen und seine Dienstnummer zu sagen, um die Rechtmäßigkeit seiner Weisung nachprüfen zu können, wiederholte er seine Aufforderung<sup>in</sup> ebenso grober Weise. Zeugen dieses Vorfalles sind der ddp-Korrespondent Kresse in

Hamburg, der Fotograf Hans-Jörg Gamser und zwei Journalistinnen. Ein Foto dieses Beamten können wir vorlegen. Neben der Absperrung standen drei Polizei-Personenwagen mit den Kennzeichen IG 3396, WOB 3353 und WOB 3354.

Dr. Gerhard Bott, Hamburg (Norddeutscher Rundfunk, ARD)



Gegen Abend wird Kollege Dr. Bott, der die Räumung der beiden übriggebliebenen Türme beobachten will, schon im Wald, weit vor dem Gelände des inzwischen von Polizei-Bulldozern niedergewalzten Anti-Atom-Dorfes, von Polizisten aufgehalten und daran gehindert, in Sichtweite an den Ort des Geschehens heranzukommen.

(Foto: Gamser)



Die Polizei ist mit modernstem Gerät ausgestattet.

(Foto: Hoffmann)

## Keine Antwort auf Fragen nach Namen und Dienstnummern

Bei Beginn der Räumung befand ich mich mit einer Gruppe von Journalisten am "Dorfeingang". Dort war eine Einheit der Polizei in Lederjacken postiert, die bei Einsatzbeginn mit gezückten Schlagstöcken auf die ersten Reihen der dasitzenden Besetzer losstürmten. Ich sah, wie einige dieser Polizisten völlig grundlos brutal auf die Sitzenden einprügelten, bevor sie sie wegschleiften. Ich wurde in Richtung auf das Freundschaftshaus gestoßen, dabei mehrfach angerempelt und geschubst. Vor dem Freundschaftshaus wurde ich u.a. Zeuge, wie vier Polizisten einen blonden langhaarigen Jungen, der sich an eine Wolldecke klammerte, über den Boden zerrten. Einer von ihnen zog dem Jungen die Jacke hoch, zwei schlugen mit ihren Schlagstöcken auf seinen entblößten Rücken, der vierte trat ihm - ungefähr zwei Meter von mir entfernt - mit voller Wucht auf den Kopf. Ich versuchte, die Dienstnummer dieses Beamten zu erfahren. Danebenstehende BGS-Beamte sagten, sie hätten nichts gesehen. Kurz danach wurde ich mit ungefähr 20 anderen Journalisten vom Platz verwiesen (Zeit: ca. 11.50 Uhr).

Die weitere Räumung konnte ich nur von außerhalb des NATO-Drahts verfolgen. Dabei sah ich (etwa zwei Stunden später), daß Polizisten einen Besetzer vom Dach des Freundschaftshauses hinabstießen. Er fiel - kopfunter - ca. zweieinhalb Meter tief. Am Abend gegen 18 Uhr versuchte ich, mit vier Kollegen den Platz noch einmal zu betreten, um die Räumung der beiden "Türme" zu verfolgen. Bereits auf dem Zufahrtsweg zum Platz wurden wir von einer Kette BGS- oder Polizeibeamter mit Plexiglasschildern am Weitergehen gehindert. Wir wurden von einem (offensichtlich höheren) Beamten zuerst an die Pressestelle in Lüchow verwiesen. Als wir von ihm Namen und Dienstnummer verlangten, sagte er: "Hauen Sie ab." Die Pressestelle in Lüchow war, als wir dort ankamen, nicht mehr besetzt.

Soweit ich beobachten konnte, verhielten die Besetzer sich absolut gewaltfrei und passiv. Dennoch wurden sie, vor allem in der ersten

Phase der Räumung, von den Beamten häufig mit Schlägen und Tritten traktiert. Dieses Vorgehen der Polizei erfüllt meiner Ansicht nach den strafrechtlichen Tatbestand der gefährlichen Körperverletzung im Amt.

Sabine Rosenblatt, Lübeck ("konkret")

## Notizblock als verbotene Waffe

Hier wurden Notizblock und Photoapparat zur verbotenen Waffe. Viele Reporter wurden an ihrer Arbeit gehindert und des Platzes verwiesen wie Kriminelle.

Cornelia Frey (in ihrem Bericht "Lieder wurden zu Schreien - Die Räumung der Bohrstelle 1004", erschienen in "Die Zeit", Hamburg)

## "Anweisung von oben"

20 Beamte drängen uns mit ihren Schildern vom Bohrplatz. Lautstarke Proteste helfen nichts. "Anweisung von oben", meint ein Polizist lakonisch.

Gerhard Besserer, Hannover (zitiert nach seinem Bericht in "Die Welt" vom 5.6.80)

## Unvorstellbare Brutalität nach Ausschluß der Öffentlichkeit

Das Finale beginnt gegen ein Uhr, nachdem alle Journalisten vom Platz geschickt sind - gegen protestierende Presseleute wenden Polizisten Gewalt an. Derart unbeobachtet, glauben offenbar manche Beamte, endlich mal richtig loslegen zu können. Mit unvorstellbarer Brutalität dreschen sie auf die 150 unter dem Turm ein.

Wolfgang Barthel, Hamburg (entnommen dem "stern" vom 12.6.80)

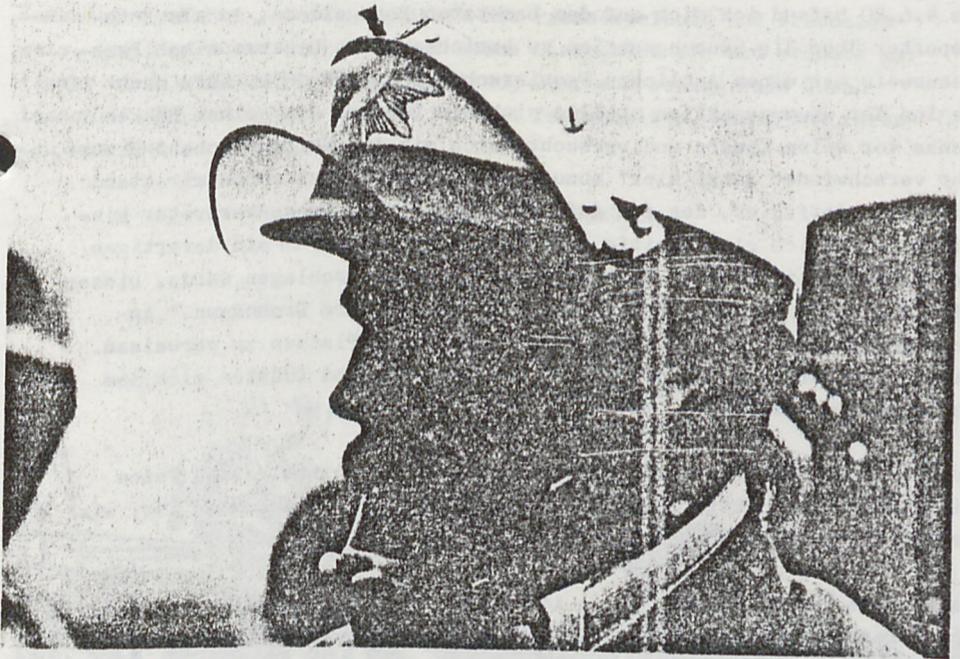
Kamera ins Auge gestoßen

Mit einem Kamerateam des Süddeutschen Rundfunks war ich am 4.6. ab 4 Uhr morgens auf dem besetzten Platz der Bohrstelle 1004 in der "Republik Freies Wendland". Wir hatten auf einem Haus am Rande des Dorfes Stellung bezogen und hatten einen guten Überblick über den gigantischen Aufmarsch der Polizei. Der Aufwand an Material, Menschen und Tieren stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Als die Bulldozer kamen, wurde unser Ausguck auf dem Dach zu heiß, und wir gingen runter zum besetzten Platz, um die Räumung aus nächster Nähe zu filmen.

Jeder, der nicht freiwillig aufstand, wurde brutal weggezerrt, geschlagen und getreten. Auch wir wurden sofort, als wir dieses Vorgehen der Polizei filmen wollten, abgedrängt und vom Platz verwiesen. Hinter der ersten Absperrung in 150 Meter Entfernung durften wir dann zusammen mit den anderen Journalisten und Filmteams, die ebenfalls vom Platz getrieben waren, verfolgen, wie die Polizei den Rest besorgte. Bei der Räumung des Daches vom "Freundschaftshaus" wurden die Besetzer, die nicht sofort die Leiter herunterkletterten, sogar kopfüber heruntergestoßen. Dann wurden die am Boden Liegenden weggezerrt. Zahlreiche Journalisten konnten verfolgen, wie den Wehrlosen beim Abtransport mit den Stiefeln in die Nieren getreten wurde. Sie protestierten bei den umstehenden Beamten. Die Antwort war ein müdes Lächeln. Unser Kameramann wollte filmen, wie ein Polizist einen übriggebliebenen Besetzer, der hinter der ersten Absperrung auf einen Baum geklettert war, mit dem Gummiknüppel schlug, so daß dieser abzustürzen drohte. Dabei wurde unserem Kameramann von einem zweiten Polizisten, der die Filmaufnahmen verhindern wollte, die Kamera ins Auge gestoßen. Unser Kameramann sprang zur Seite, um den Beamten, der ihn angegriffen hatte, zu filmen, da ging dieser auf ihn los. Mir gelang es, mit dem Stativ den Polizisten wegzudrücken, bis andere Journalisten zur Stelle waren und den Beamten fotografierten und protestierten, bis dieser sich feige verdrückte. Die Solidarität unter den Presseleuten hat vielleicht Schlimmeres verhindert. Man fragt sich, wie "objektive" Berichterstattung in Zukunft noch möglich ist, wenn ein

Kameramann bei der Ausübung seines Berufes befürchten muß, von diesen Schlägern zusammengeknüppelt zu werden.

Tillmann, Hamburg (Leserbrief an die Berliner "Tageszeitung", dort veröffentlicht am 10.6.80)



Ein Teil der Beamten erschien mit geschwärzten Gesichtern zum Einsatz, um nicht identifiziert werden zu können.

(Foto: Hoffmann)

Behindert, beschimpft, gewaltsam abgeführt

Am 4.6.80 befand ich mich auf dem besetzten Bohrgelände, um als Foto-reporter über die Räumungsaktion zu berichten, Ich besitze einen Presseausweis mit einem Amtlichen Passierschein (Nr. 28 165). Kurz nach Beginn der Räumungsaktion stellte sich ein Beamter mit seinem Rücken genau vor meine Kamera und versuchte mich mit den Worten "Scheiß-Presse, Ihr verschwindet jetzt hier" abzudrängen. Unmittelbar neben mir stand ein Polizeioffizier, den ich auf meine Rechte als Pressevertreter hinwies und dem ich gleichzeitig zu bedenken gab, daß sich ein derartiges Vorgehen auch in unserer Berichterstattung niederschlagen werde. Dieser Offizier sagte mir daraufhin: "Unterlassen Sie Ihre Drohungen." Anschließend beauftragte er zwei Beamte, mich des Platzes zu verweisen. Die Beamten drehten mir die Arme auf den Rücken und führten mich aus dem Absperrring hinaus.

Noch außerhalb des inneren Absperringes konnte ich zahlreiche Fotos mit einem Teleobjektiv machen, auf denen deutlich zu erkennen ist, wie Beamte gegen Pressevertreter vorgehen.

Gegen Ende der Räumaktion wurde ich Zeuge eines besonders gravierenden Vorfalles. Der Kollege Hans-Jörg Gamser aus Hannover versuchte, von einem Hüttendach herunter zu fotografieren. Ich stand auf dem gleichen Dach, jedoch etwas höher und für die Beamten nicht erreichbar. Ein Beamter versuchte unter Beschimpfungen, nach Herrn Gamser zu schlagen. Nur durch schnelles Zurückziehen konnte sich Herr Gamser vor den Schlägen in Sicherheit bringen. Dem Beamten rief er zu, daß er Pressevertreter sei. Kurz danach stieg Herr Gamser von dem Dach. Ein Beamter schlug nach einem kurzen Wortwechsel, den ich nicht verfolgen konnte, mit dem Magaphon gegen die Kamera, die Herr Gamser gerade in Fotograferposition gebracht hatte. Herr Gamser fiel rückwärts auf den Boden. Anschließend konnte er auf seinem rechten Auge nichts mehr sehen und klagte über Schmerzen. Diesen Vorfall erlebte auch der Kollege Klar (Deutsche Presse Agentur) aus unmittelbarer Nähe mit.

Am 22.6.80 interviewte ich zwei an der Räumung des Bohrgeländes 1004 beteiligte Polizeibeamte. Ich fragte: "Gab es besondere Hinweise, wie der Presse zu begegnen ist?" Antwort: "Da wurde beim zweiten Sammeln drüber gesprochen. Wir haben nochmal einen Zwischenhalt auf einem Parkplatz gemacht, auf dem auf weitere Kollegen gewartet wurde. Dort hat dann der Zugführer nochmal über die Waffensache geredet und außerdem die Anweisung gegeben: 'Pressevertreter haben heute keine Sonderrechte.' Jemand fragte dann, wie das geht so mit Pressefreiheit und Presseausweis. Der Zugführer ließ sich auf keine Diskussion ein und ordnete an: 'Immer an die Einsatzleitung verweisen, aber auf keinen Fall durchlassen.'" Das Interview ist auf Tonband festgehalten. Namen und Adressen der Beamten sind bekannt.

Günter Zint, Hamburg



Die Polizei wünscht keine Zeugen.

(Foto: Hoffmann)

Kamera beschädigt, Auge verletzt

An die  
Staatsanwaltschaft beim  
Landgericht Lüneburg

3140 Lüneburg

Betr.: Strafanträge gegen Polizeibeamte im Dienst

1. Strafantrag wegen Beleidigung und Nötigung
2. Strafantrag wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung

Die beiden Polizeibeamten sind namentlich nicht bekannt, jedoch sind Fotos von ihnen vorhanden.

#### 1. Strafantrag

Hiermit stelle ich Strafantrag wegen Beleidigung und Nötigung gegen einen mir unbekanntem Polizeibeamten im Dienst.

#### Begründung:

Der Polizeibeamte, der auf den Bildern 1 und 2 abgebildet ist, behinderte mich, als ich Szenen der Räumung in Gorleben am 4. Juni 1980 gegen 12 Uhr fotografieren wollte. Er versuchte, mich, an den Füßen ziehend, von einem Hüttendach herunterzuziehen. Hierbei beschimpfte er mich: "Scheißkerl, Du kommst nicht zu Deinen Fotos. Fettwanst, Du geilst Dich an Gewaltfotos auf."

In der weiteren Folge habe ich versucht, weitere Fotos herzustellen. Als der Polizeibeamte dies sah, versuchte er mich mit dem Gummiknüppel zu schlagen. Dabei sagte er wörtlich zu mir: "Wenn Du versuchst, ein Foto zu machen, werde ich Dir die Kamera aus der Hand schlagen. Ihr Scheiß-Pressetypen seid ja nur geil auf Gewaltfotos."

Bei den Schlägen mit dem Gummiknüppel handelte es sich nicht um eine Drohgebärde, sondern um gezielte Schläge. Es gelang dem Beamten nicht,

mich zu treffen, weil ich mich schnellstens zurückzog.

Dauer der gesamten Auseinandersetzung: ca. 10 Minuten.

Den Tatbestand der Beleidigung sehe ich in den Zitaten und der Anrede mit Du. Die Nötigung sehe ich als begründet, da mich der Polizeibeamte mit dem Gummiknüppel an meiner Arbeit gehindert hat.

## 2. Strafantrag

Hiermit stelle ich Strafantrag wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung gegen einen mir unbekanntem Polizeibeamten.

### Begründung:

Der Polizeibeamte, der auf den Bildern 3 und 4 abgebildet ist, hat mich während der Räumung des Bohrgeländes 1004 in Gorleben am 4. Juni 1980 gezielt mit dem Megafon geschlagen. Hierbei traf er meine Kamera, die ich zum Fotografieren an das Auge genommen hatte. Sie drang mir in das Auge, wodurch ich mir eine Prellung des rechten Augapfels zuzog. Ich begab mich in direkter Folge in ärztliche Behandlung. Ich nehme an, daß mich der Polizeibeamte deshalb schlug, weil ich eine Auseinandersetzung zweier Polizeibeamter mit Pressekollegen im Bild festhalten wollte. Bei dem Schlag wurde meine Kamera - Canon F 1 - beschädigt. Die Schadenshöhe kann ich noch nicht beziffern, sie wird aber ca. 600 bis 800 DM ausmachen. Zeugen aller Vorfälle sind:

1. Günther Zint, Fotoreporter, 2000 Hamburg 6,
2. Dieter Klar, Büro der Deutschen Presse-Agentur.

Hans-Jörg Gamser, Edemissen-Wehnsen

### Anmerkung der Redaktion:

Die vier im Text erwähnten Fotos wurden der Staatsanwaltschaft übergeben.

Der Polizeisprecher beschwert sich

Von Anfang an sind auch die Journalisten Ziel der Polizeiaktion. Obwohl sich Tagesschau-Reporter Bott immer wieder mit weit von sich gehaltenem Presseausweis "ARD" vor seinen Kameramann stellt, gehen Polizisten mit gezogenen Knüppeln auf das Team zu, hindern sie am Filmen. Den anderen Fernseheteams ergeht es ähnlich.

Neben mir höre ich Schluchzen. Der Kollegin von der "Zeit" laufen die Tränen über das Gesicht.

Ein Polizist begründet sein Vorgehen gegen die Journalisten: "In Bremen habt Ihr doch auch gegen uns berichtet. Ihr seid doch mit schuld ..."

Der Platz ist noch nicht einmal zur Hälfte von der Polizei geräumt. Fast alle Journalisten, etwa 40, werden jetzt vom Platz gedrängt. Polizeihauptkommissar P. : "Die Presse muß den Platz verlassen. Anordnung von Polizeioberrat S. ." Sprechchöre "Presse bleibt" können nicht helfen. Die Sitzenden befürchten Schlimmes, wollen nicht von der Öffentlichkeit getrennt werden. "stern"-Fotograf Wolfgang Hain wird rausgeschleift, der "Quick"-Reporter Walter Schütte im Polizeigriff abgeführt. Sein Fotograf Wolfgang Herget erleidet eine Prellung am Bein. Dem NDR-Kameramann wird das Kabel aus der Kamera gerissen. Einsatzleiter A. läßt sich verleugnen.

Ich selbst werde zweimal an der Schulter gepackt. Nachher läßt man mich nicht wieder auf den Platz.

Am nächsten Tag telefoniere ich mit Polizei-Pressesprecher M. in Lüchow. Er bezeichnet Eckart Spoo als Anstifter des Protest-Telegramms an die Innenminister Baum und Möcklinghoff. Er nennt es "ein recht böses Telegramm".

Daß die Journalisten vom Platz entfernt wurden, begründet er so : "Wenn der Bademeister das Bad schließt, dann kommt auch kein anderer mehr rein. So auch hier."

Ich erwähne die Sprechchöre, mit denen die Demonstranten ihre Befürchtung zum Ausdruck brachten, daß die Polizei eventuell brutaler gegen sie vorgehen würde, wenn die Journalisten den Platz verließen. Dazu M :  
"Wissen Sie, ich würde sagen, Herr Kohn, wir hatten gar keinen Anlaß, brutal...erstmal, das ist ja nun eine Mär. Daß es mal einen Übergriff gibt, das bestreite ich nicht, aber so als geschlossene Veranstaltung brutales Vorgehen zu demonstrieren, hat es meine ich noch gar nicht gegeben, jedenfalls nicht, solange ich Schutzmann bin, auch in anderen Bundesländern nicht. Aber das ist nun ein Vorurteil, was sicherlich bei Demonstranten ganz groß ist und wo Journalisten - Sie wollen's mir bitte verzeihen - auch von leben." Ich wende ein: "Die Journalisten hätten's besser erfahren können, wenn sie bis zum Ende auf dem Platz..."  
Meyer: "Ja, dann hätten sie bleiben sollen, dann hätten sie nicht weggehen sollen."

Dr. Hermann Kohn, Bonn ("Rote Blätter")

"Der Spoo muß noch Ärger kriegen"

Polizeisprecher M. in Lüchow hat am 20.6.80 in einem Interview gesagt: "Die Polizei bestimmt, wenn sie ihn überhaupt duldet, den Standort der Demonstranten in der Nähe ihres Einsatzortes. Das ist ja auch das Problem, was wir den Journalisten noch klarmachen müssen, die ja für sich im Grunde die gleiche Argumentation nehmen und sagen: Wir stellen uns dort auf, wo wir's wollen und wir es für unsere Arbeit wichtig finden. Sichtkontakt brauchen wir, Linsenkontakt geradezu. Und da sagt die Polizei: Das findet nicht statt. Das ist leicht zu sehen. Die Polizei bestimmt also in jedem polizeilichen Einsatzgebiet den Standort oder auch nicht. Die Polizei scheut nicht das Bild der Öffentlichkeit. Das, was dort Herr Spoo gesagt hat, in dieser "Extra-Drei"-Sendung, wo auch der Innenminister befragt worden ist, das ist so ungeheuerlich, daß der Spoo - ich sage ausdrücklich 'der Spoo' - auch noch erheblichen Ärger kriegen muß. Ich hoffe es. Die Presse ist doch nicht die Öffentlichkeit. Also wissen Sie, ich werde Ihnen mal was sagen. Wenn ich schon immer höre, wir, die Presse, nehmen die Funktion der Öffentlichkeit wahr, dann ist das ein so großer Anspruch, den ich diesen Leuten so pauschal gar nicht zugestehe. Die haben doch genug gesehen. Das ist doch kein Schauspektakel für die Presse..."

Ute Scheub, Berlin ("die tageszeitung")

KORRESPONDENZ MIT MINISTER MÖCKLINGHOFF

Sehr geehrter Herr Minister,  
ich habe die Ehre, Ihnen hiermit zu danken für die  
Beantwortung meines Briefes vom 10. d. Mts. und für  
die Zusendung der gewünschten Unterlagen.  
Die von Ihnen mitgeteilten Angaben sind mir  
sehr willkommen und ich werde sie in meinem  
Bericht an den Ausschuss für die Untersuchung  
des Falles berücksichtigen.  
Ich bitte Sie, mich in Kenntnis zu setzen,  
wenn Sie weitere Unterlagen oder Informationen  
zur Verfügung stellen können.  
Mit freundlichen Grüßen,  
[Name]

Durch Vermittlung des Norddeutschen Rundfunks, dessen Hörfunk-Team in Gorleben mit dem Funkhaus in Hannover verbunden war, ging am 4. Juni 1980 gegen 14 Uhr folgendes Fernschreiben an Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum und anschließend an den niedersächsischen Innenminister Egbert Mücklinghoff:

Journalisten, die für ARD und ZDF, dpa sowie zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften arbeiten, protestieren hiermit gegen die schweren Behinderungen bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgabe am Ort der Polizeiaktion gegen die Besetzer des Bohrplatzes 1004 bei Gorleben. Wir sind besorgt, daß es unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu noch ärgeren Übergriffen der Polizei kommen kann, als wir sie am Anfang der Aktion schon erleben mußten. Der Einsatzleiter läßt sich seit Stunden gegenüber den Journalisten verleugnen. Darum fordern wir Sie auf, unverzüglich Ihren Einfluß geltend zu machen, damit wir hier unserer Aufgabe nachkommen können.

Im Auftrag der versammelten Kollegen

Eckart Spoo, Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (dju)  
in der IG Druck und Papier

Das Fernschreiben an Bundesinnenminister Baum blieb ohne Antwort. Der niedersächsische Innenminister reagierte am Abend des 4. Juni 1980 um 19.50 Uhr mit folgendem Fernschreiben:

Herrn  
Eckart Spoo  
Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union  
in der IG Druck und Papier

Sehr geehrter Herr Spoo,  
vielen Dank für Ihr Fernschreiben vom 4.6.80, 14.05 Uhr, das mich insoweit überrascht hat, als nach meiner Meinung alle erdenklich~~z~~ Vorsorge getroffen worden war, den Journalisten eine reibungslose Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen. So stand, wie Sie wissen, auch heute seit den frühen Morgenstunden die Pressestelle der Schutzpolizei Lüchow für Anfragen der Journalisten zur Verfügung. Darauf ist heute morgen in einem Fernschreiben noch einmal besonders hingewiesen worden. Außerdem wurde den Journalisten in Lüchow von der dortigen Pressestelle ein Bus zur Verfügung gestellt, um sie nach Gorleben zu bringen.

Ich selbst war bis in den frühen Nachmittagsstunden in Lüchow und habe mich dort eingehend informiert. Bis dahin ist mir von keiner Seite eine ähnliche Beschwerde über die Behinderung von Journalisten bei ihrer Arbeit bekannt geworden. Im Gegenteil: Nach Auskunft des Leiters der Pressestelle der Schutzpolizeiinspektion Lüchow, Erster Hauptkommissar Meier, haben sich etliche Ihrer Kollegen wohlwollend über die geleistete Arbeit geäußert.

Ich könnte mir allenfalls denken, daß sich Journalisten dadurch behindert fühlten, daß sie nach dem Beginn der Räumung des Platzes sich dort aus polizeitaktischen Gründen nicht mehr aufhalten durften. Wenn es so gewesen sein sollte, bitte ich hierfür allerdings um Ihr Verständnis.

Ich bitte Sie auch um Einsicht dafür, daß es nicht die Aufgabe des Einsatzleiters war, Informationen an Presse, Funk und Fernsehen zu geben. Hierfür war die Pressestelle in Lüchow zuständig.

Sie wissen, daß mir an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Medien gelegen ist. Ich habe daher veranlaßt, daß Ihre Vorwürfe genau überprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Egbert Möcklinghoff  
Niedersächsischer Minister des Innern



Kollege Hain wird abgeführt.

(Foto: Herget)

Deutsche Journalisten-Union in der Industriegewerkschaft Druck und  
Papier (dju)  
Vorstand - Postfach 1282 - 7000 Stuttgart 1

An den  
Niedersächsischen Minister des Innern  
Herrn Egbert Möcklinghoff  
Lavesallee 6  
3000 Hannover 1

6. Juni 1980

Sehr geehrter Herr Minister,  
für Ihr Fernschreiben vom 4. Juni 1980, 19.50 Uhr, danke ich Ihnen.  
Ich bin sehr froh darüber, daß Sie die Vorwürfe über Behinderungen der  
Journalisten bei der Räumung des Bohrgeländes 1004 genau überprüfen lassen  
wollen. Einer der anwesenden und selbst betroffenen Kollegen hat es  
übernommen, die einzelnen Berichte über Behinderungen der journalisti-  
schen Arbeit zusammenzutragen. Die Dokumentation - von der ich hoffe,  
daß sie kurzfristig fertiggestellt werden kann - wird Ihnen als dem so-  
wohl für die Presse als auch für die Polizei zuständigen Landesminister  
ganz sicherlich die Meinungsbildung erleichtern.

Vorab möchte ich von mir aus zu einem in Ihrem Fernschreiben angespro-  
chenen Problem nur dies sagen: Meine Kollegen und ich hätten uns  
bei der Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgabe selbstverständlich be-  
hindert gefühlt, wenn wir von Beginn der Räumung des Platzes an uns dort  
"aus polizeitaktischen Gründen" nicht mehr hätten aufhalten dürfen. Die  
Meisten von uns konnten sich aber unbehindert etwa noch drei Viertel-  
stunden dort aufhalten, bis plötzlich ein Polizeihauptkommissar namens  
Plietz uns des Platzes verwies. Zu diesem Zeitpunkt waren schon zahl-  
reiche Demonstranten vom Platz gebracht worden. Richtig ist, daß viele  
von uns in diesem Augenblick unsere Aufmerksamkeit auf Aktivitäten von  
Beamten richteten, die offenbar derselben Truppe angehörten wie Herr  
Plietz. Wenn ihm diese unsere Aufmerksamkeit unangenehm war, können wir  
das nicht als Begründung für den Ausschluß der Presse akzeptieren; wir  
sehen aber auch überhaupt keine polizeitaktischen Gründe, die es recht-  
fertigen würden, bei einem solchen Ereignis von höchstem öffentlichem

Interesse die Presse an der Berichterstattung zu hindern. Der Verweis auf die Pressestelle in Lüchow erscheint mir in diesem Zusammenhang wenig hilfreich, denn wenn wir uns darauf beschränken würden, amtliche Verlautbarungen an unsere Leser weiterzugeben, könnte von einer unabhängigen Presse kaum mehr die Rede sein.

Wir hoffen, daß die von Ihnen zugesagte Überprüfung dazu führen wird, daß die Polizei in Niedersachsen in Zukunft das Grundrecht der Presse- und Informationsfreiheit respektiert.

Mit freundlichen Grüßen  
Deutsche Journalisten-Union (dju)  
in der IG Druck und Papier  
Bundesvorstand

Eckart Spoo

Der Niedersächsische Minister des Innern - 3000 Hannover 1, Lavesalle 6  
Persönlicher Referent

16.06. 80

Herrn  
Eckart Spoo  
Deutsche Journalisten-Union  
Postfach 12 82  
7000 Stuttgart 1

Sehr geehrter Herr Spoo!

Namens des Herrn Innenministers Dr. Möcklinghoff bestätige ich dankend den Eingang Ihres Schreibens vom 6. Juni 1980. Vuerst kann ich Ihnen nur mitteilen, daß allen Vorwürfen über Behinderungen nachgegangen wird. Zur Zeit überprüft die Bezirksregierung die bisher substantiiert eingegangenen Beschwerden. Ich bitte Sie abzuwarten, bis das Ergebnis dieser Überprüfungen in der Zusammenschau vorliegt.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Sporn

INTERNATIONAL FEDERATION OF JOURNALISTS - FEDERATION INTERNATIONALE DES JOURNALISTES

Boulevard Charlemagne, 1, Bte 5 - B-1041 Brüssel

17. Juni 1980

An den  
Niedersächsischen Minister des Innern  
Herrn Egbert Möcklinghoff  
Lavesallee 6  
D-3000 Hannover 1  
Deutschland

Sehr geehrter Herr Minister,  
die Internationale Journalisten-Föderation, die mehr als 95 000 Journalisten aus aller Welt vertritt und konsultativen Status sowohl bei der UNO, der Unesco wie auch beim Internationalen Arbeitsamt und beim Europarat besitzt, möchte hiermit gegen Ihr eigenartiges Verständnis von Pressefreiheit protestieren. Am 4. Juni 1980 wurde in Gorleben die Presse daran gehindert, aus eigener Anschauung über eine große Polizeiaktion zu berichten. Sie gaben "polizeitaktische Gründe" dafür an, daß die Journalisten den Ort des Geschehens verlassen mußten bzw. von der Polizei weggezerrt oder verprügelt wurden. Sie vertraten die Ansicht, daß die Journalisten (Wort und Bild) sich ausreichende Informationen über den Verlauf der Polizeiaktion bei der 16 Kilometer entfernt eingerichteten Polizeipressestelle hätten holen können.

Das gewaltsame Verhindern der Journalisten von Presse, Funk und Fernsehen, ihrer Berichterstattungsaufgabe nachzukommen, kann die Internationale Journalisten-Föderation nur als schwere Verletzung der Pressefreiheit empfinden und verurteilen.

Hochachtungsvoll

Dr. Theo Bogaerts  
Generalsekretär

Dr. Egbert Möcklinghoff - 3000 Hannover 1 - Lavesallee 6  
Niedersächsischer Minister des Innern

7.7.1980

International Federation of Journalists

Herrn

Dr. Theo Bogaerts

Generalsekretär

Boulevard Charlemagne 1

Bte 5

B-1041 Brüssel

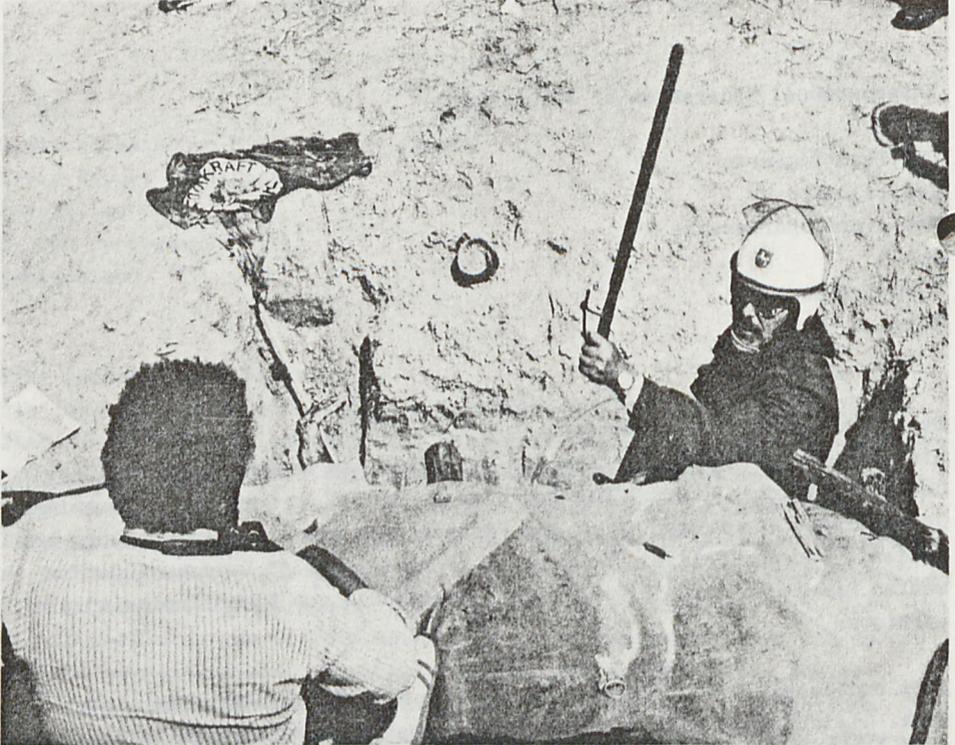
Belgien

Sehr geehrter Herr Dr. Bogaerts,  
Sie erheben in Ihrem Schreiben vom 17.6.1980 den schweren Vorwurf, bei der polizeilichen Räumung des Bohrplatzes "1004" im Raum Gorleben seien Journalisten von Presse, Funk und Fernsehen an der Berichterstattung behindert, von der Polizei "weggezerrt oder verprügelt" worden. Außerdem müßten Sie gegen mein "eigenartiges Verständnis von Pressefreiheit" protestieren.

Form und Inhalt dieser Vorwürfe weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. Gleichzeitig muß ich Ihnen entgegenhalten, daß es nach meiner Meinung zu den selbstverständlichen journalistischen Berufspflichten gehört, auch die "andere Seite" zu hören, bevor man derart undifferenziert anklagt, verurteilt oder gar ungeprüft Monita übernimmt, wie Sie es getan haben. Insofern erlaube ich mir, Ihren Brief "eigenartig" zu nennen.

Vielleicht trägt es zur Versachlichung bei, wenn ich Ihnen folgendes mitteile:

Nach meiner Einschätzung ist alle erdenkliche Vorsorge getroffen worden, um den Journalisten anlässlich der Räumung des Bohrplatzes "1004" eine reibungslose Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen. So ist z.B. in Lüchow eine Pressestelle der Schutzpolizei eingerichtet worden. Diese



Mit Knüppelschlägen will ein Polizist den Kollegen Gamser daran hindern, vom Dach einer der Hütten des Anti-Atom-Dorfes aus das Geschehen im Bild festzuhalten.

(Foto: Zint)

stellte den Journalisten am Morgen des 4. Juni 1980 einen Bus zur Verfügung, um sie nach Gorleben zu bringen. Ein solcher "Service" für die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen bei Polizeieinsätzen ist wohl einmalig. Am Bohrplatz selber gestattete die Polizei zunächst allen Personen, also auch natürlich Journalisten, den Zugang zum Gelände. Nachdem die Polizei ihre Sperrlinie eingenommen hatte, war dies jedoch nicht mehr möglich. Mit der Räumungsaufforderung, die sich an alle Personen auf dem Bohrplatz richtete, mußten auch die Journalisten den eigentlichen Platz verlassen, konnten aber das Geschehen ungehindert vom Rand aus verfolgen.

Die Verpflichtung zur Räumung des engeren Bohrbereichs bestand ohne Ansehen der Person für alle, die sich darauf aufhielten. Nach dem Grundsatz, daß gleiches Recht für alle gilt, konnte es natürlich auch keine privilegierte Behandlung von Journalisten geben. An den verfassungsmäßig verankerten Gleichheitsgrundsatz ist in der Bundesrepublik Deutschland auch die Polizei gebunden. Im übrigen hätten bei einer möglichen Eskalation nicht unerhebliche Gefahren auch für die Journalisten entstehen können.

Das ist von der weitaus überwiegenden Mehrzahl Ihrer journalistischen Kollegen auch akzeptiert worden. Mir ist von mehreren Journalisten versichert worden, daß die gegen die Polizei gerichteten Vorwürfe nicht nur ungerechtfertigt sind, sondern daß die Zusammenarbeit mit der Polizei hervorragend war. Auch schriftlicher Dank für die gewährte Unterstützung liegt uns von Journalistenseite vor.

Wie Sie bei diesem Sachverhalt von einer schweren Verletzung der Pressefreiheit schreiben können bleibt mir völlig unverständlich.

Mit freundlichen Grüßen  
Möcklinghoff

WEITERE REAKTIONEN



Kollege Gamser wurde verletzt: Ein Polizist schlug ihm die Kamera ins Auge.

(Foto: Zint)

In einer Presseerklärung ihres Bundesvorstands forderte die Deutsche Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier die verantwortlichen politischen Instanzen auf, die von den betroffenen Journalisten erhobenen Vorwürfe sehr ernst zu nehmen. Der Bundesvorsitzende der dju, Eckart Spoo, erklärte: "Die Innenminister sollten daran denken, daß sie nicht nur für die Polizei, sondern auch für die Presse zuständig sind. Sie haben dafür zu sorgen, daß die Presse ihrem öffentlichen Auftrag ungehindert nachgehen kann."

xxx

Der Verbandstag des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) stimmte am 4. Juni 1980 folgendem Dringlichkeitsantrag zu: "Der Verbandstag des Deutschen Journalisten-Verbandes protestiert auf das schärfste gegen die Behinderung von Journalisten durch die Polizei bei der heutigen Räumung des Bohrgeländes im niedersächsischen Gorleben. Die Delegierten fordern die Innenminister des Bundes und der Länder auf, unverzüglich geeignete Richtlinien zu erlassen, welche eine unbehinderte Berichterstattung in Wort, Bild und Ton in der Bundesrepublik sicherstellen."

xxx

21 von 30 Pastoren des Kirchenkreises Aurich zeigten sich bei einer Konferenz in Loccum beeindruckt von dem gewaltfreien Verhalten der Demonstranten in Gorleben. "Tief bestürzt" äußerten sie sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber, "daß sitzende und sich nicht wehrende Teilnehmer an der Platzbesetzung" von Polizisten mit Schlagstöcken verletzt worden seien und daß "eine umfassende Berichterstattung durch Polizeieinsatz unmöglich gemacht wurde". Beides, meinten die Pfarrer, "gefährde unsere Demokratie in ihrer Substanz" (zitiert nach Evangelischer Pressedienst vom 6.6.80)

Drei Wochen später warf der Landesvorsitzende der niedersächsischen CDU und stellvertretende Ministerpräsident Wilfried Hasselmann den Verfassern der Erklärung vor, sie hätten "ihren geistlichen Auftrag mißbraucht". Pastoren sollten sich "aus dem politischen Geschäft heraushalten". Darauf antworteten die Pastoren in einer neuen Stellungnahme, in der sie Hasselmanns Vorwurf zurückwiesen und nochmals "für Gewaltlosigkeit und Informationsfreiheit als zur Substanz der Demokratie gehörend" eintraten (zitiert nach epd vom 1.7.80)

xxx

Auf einem Kongress der niedersächsischen CDU zum Thema "Innere Sicherheit" sagte Innenminister Egbert Möcklinghoff am 28. Juni 1980 in der Stadthalle Hannover: "Einem Kritiker, der offenbar in der Sicherheit eine Bedrückung, in der Ordnung des Staatswesens eine die Freiheit beeinträchtigende Belastung und in den selbstverständlichen Regularien menschlichen Zusammenlebens eine nicht hinnehmbare Beschränkung seiner Lebensphäre sehen zu müssen glaubt, kann ich nicht treffender entgegenzutreten, als daß ich unseren Altmeister Goethe zitiere, der ein Wort geprägt hat, das zwar für eine völlig andere Situation erdacht wurde, mir aber gerade im Zusammenhang mit unserem heutigen Thema von höchster Aktualität und von überzeugender Aussagekraft zu sein scheint:

Vergebens werden ungebundene Geister

Nach der Vollendung reiner Höhe streben.

In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister,

Und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben.

Offenbar wollen sich immer mehr Menschen aus dieser bisher weitgehend bejahten Übereinstimmung zurückziehen. Verwirrung und Verirrung nehmen deutlich zu. Wie können wir letztlich junge Menschen noch schelten, die in Gorleben Unrecht taten, wenn sie in Rundfunkkommentaren, begleitet von Zeitungsartikeln bis hin zu dem in der Zeit erschienenen unter der Überschrift: 'Aus Liedern werden Schreie' unterstützt werden, ja sogar das Wort zum Sonntag in einer kaum noch überbietbaren Pharisäermanie die Frage stellt, auf welcher Seite denn wohl Jesus gestanden hätte in Gorleben, auf Seiten der Platzbesetzer oder der anderen, die eine hohe Betonmauer dort bauten, eine Mauer, von welcher wir ja gerade in Deutschland so leidvolle Erfahrungen hätten. Nun, meine Damen und Herren, hier und so wird unserer Sicherheit die Grundlage entzogen."

xxx

Vor dem 4. Juni 1980 hatten Politiker und Behörden die Gegner des in Gorleben geplanten Nuklearindustriekomplexes als gewalttätig verdächtigt. Nach dem 4. Juni woben sie die Legende von der gewaltlosen Räumung des Bohrplatzes, wofür der Polizei bzw. ihrer politischen Führung Dank gebühre. Die Unwahrheit konnte sich um so leichter ausbreiten, je massiver die Vermittlung der Wahrheit behindert wurde. Der rheinische CDU-Politiker Konrad Grundmann, Vorstandsmitglied eines Energiekonzerns, bewirkte zum Beispiel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates des Westdeutschen Rundfunks, daß ein geplanter Fernseh-

abend über Gorleben, an dem Filmmaterial der "Wendländischen Film-Kooperative" von der Räumung des Platzes 1004 gezeigt werden sollte, vom Programm abgesetzt wurde. Zuvor hatte der Intendant des WDR, Friedrich Wilhelm von Sell bereits unter starkem Druck der im Verwaltungsrat versammelten führenden Politiker entschieden, daß eine Sendung über den Widerstand von Bürgern des Kreises Lüchow-Dannenberg gegen das Atom-Projekt nicht wie von der Redaktion geplant stattfinden dürfe. Die Entscheidung löste viele Proteste aus, darunter den des Hessischen Jugendrings: "Diese Maßnahme stellt angesichts der Behinderung der Pressearbeit bei der Räumung des Anti-Atom-Dorfes 1004 durch die Polizei eine weitere Verletzung des Rechts der Bürger unseres Landes auf Öffentlichkeit und Information dar. Gerade über eine Problematik, die grundlegende wirtschaftliche und politische Sachverhalte umfaßt, ist Berichterstattung und Information für eine breiteste Öffentlichkeit unabdingbarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Die Zurückhaltung solcher Informationen ist undemokratisch und beschneidet unser Recht auf freie Meinungsbildung."

xxx

Monika Algermissen aus Hannover wandte sich an das Deutsche Presserat in Bonn: "Hiermit lege ich Beschwerde gegen die eingeschränkte Berichterstattung über die Räumung des Bohrplatzes 1004 bei Gorleben am 4. Juni 1980 ein. Als Bürger dieses Landes brauche ich die authentische Berichterstattung der Presse, um mir über politisch bedeutsame Ereignisse eine Meinung bilden zu können. Die Räumung des Bohrplatzes 1004 dürfte die größte Polizeiaktion in der Geschichte der Bundesrepublik gewesen sein. Für die weitere Auseinandersetzung um die Kernenergie kommt ihr zweifellos große Bedeutung zu. Ich erwarte von der Presse, daß ich darüber korrekt aus der Sicht unabhängiger Journalisten informiert werde. Nachdem die Polizei die Journalisten am 4. Juni in der Zeit von 11 bis 14 Uhr vom Ort des Geschehens ausschloß und damit eine authentische Berichterstattung behinderte, ist nun meines Erachtens der Deutsche Presserat gefordert, gegenüber den politisch Verantwortlichen das verfassungsmäßige Grundrecht der Informations- und Pressefreiheit geltend zu machen."